

# VORWÄRTS EXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BADEN-WÜRTTEMBERG

BADEN-WÜRTTEMBERG

SPD

## ECKPUNKTE ZUR KOMMUNALWAHL 2009

Ein Jahr vor den Kommunalwahlen – Wahltermin ist voraussichtlich der 7. Juni – laufen die Vorbereitungen für einen Erfolg der SPD in Baden-Württemberg auf vollen Touren. Mit unseren kommunalen Werkstätten, unserer Internet-Offensive für Ortsvereine und den Musteranträgen für Gemeinderats- und Kreistagsfraktionen sind wir derzeit auf Landesebene dabei, die Weichen für einen profilierten und schlagkräftigen Wahlkampf 2009 zu stellen.

Zwar müssen die vielfältigen Herausforderungen, vor denen unsere Städte und Gemeinden jeweils stehen, vor Ort und im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern angegangen werden. Wir wollen unseren Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern aber dazu jede Hilfestellung und Unterstützung geben, die wir von Landesseite aus leisten können. Gerade die übergreifenden Themenschwerpunkte, die ganz Baden-Württemberg betreffen, wollen wir auch vom Landesverband her massiv nach vorne bringen. Deshalb haben wir auf unserer großen Aktivenkonferenz in Filderstadt vor wenigen Wochen fünf kommunalpolitische Eckpunkte vorgelegt, für die wir gemeinsam kämpfen wollen.

### 1. Wahrung der öffentlichen Daseinsvorsorge

Wir wollen, dass die Einrichtungen und Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge allen Bürgerinnen und Bürgern unabhängig von ihrer materiellen Leistungsfähigkeit zu angemessenen Preisen zur Verfügung stehen. Deshalb streiten

wir dafür, unverzichtbare öffentliche Aufgaben auch in öffentlicher Hand zu behalten – wie etwa der Nahverkehr, die Müll- und Abwasserbeseitigung, Krankenhäuser, Altenheime, Bibliotheken, Friedhöfe, Hallen- und Freibäder sowie viele weitere soziale Dienste. Strom- und Wassernetze wollen wir dort an die Städte und Gemeinden zurückführen, wo sie in der Vergangenheit an Energiekonzerne übertragen worden sind.

### 2. Chancengleichheit bei Bildung und Betreuung

Wir wollen, dass jedes Kind seine Potentiale und Talente in seinem Leben voll entfalten kann. Das liegt im Interesse jedes Menschen, aber auch unserer gesamten Volkswirtschaft. Dafür brauchen wir Chancengleichheit in der Bildung und Betreuung unserer Kinder aus einem Guss und von Anfang an, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Zentrale Bausteine dazu sind der massive Ausbau von Betreuungsplätzen für Kleinkinder unter drei Jahren, die schrittweise Einführung von gebührenfreien Kindergärten und ein warmes Mittagessen in Kindertagesstätten und Schulen für nur einen Euro, um Kinderarmut entgegenzuwirken.

### 3. Sicherung von Arbeit und Wirtschaft

Wir wollen, dass unsere Kommunen in einer Zeit des wirtschaftlich-technologischen Strukturwandels und wachsenden internationalen Konkurrenzdrucks in der Lage sind, gute infrastrukturelle Voraussetzungen für Großunternehmen und für Mittelstand und Handwerk anzubieten. Gleichzeitig wollen wir die Rahmenbedingungen dafür verbessern, dass in unseren Städten und Gemeinden anständig bezahlte und verlässliche Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden. Als allererstes benötigen wir hierzu gesetzliche Mindestlöhne, um damit Dumpinglöhne zu bekämpfen.

### 4. Umsteuern in der Energieversorgung

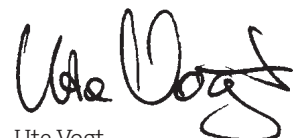
Wir wollen, dass angesichts des dramatischen Klimawandels die Energiewende in unseren Städten und Gemeinden vor Ort nachdrücklich eingeläutet wird. „Global denken, lokal handeln“ – 16 Jahre nach der UN-Konferenz von Rio ist die den Kommunen zugewiesene Schlüsselrolle bei der Umsetzung des Nachhaltigkeitsgedankens richtiger und wichtiger denn je. Die energetische Nachrüstung – zum Beispiel durch Fotovoltaik-Anlagen – und Sanierung von öffentlichen Liegenschaften, wozu neben Verwaltungsgebäuden und Betriebshöfen vor allem Krankenhäuser, Schulen und Kindertagesstätten, Schwimmbäder und Sportanlagen zählen, ist dazu ein wichtiger Schritt.

### 5. Stärkung der Bürgerdemokratie

Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger die Zukunft unserer Städte und Gemeinden unmittelbarer mitbestimmen. Wir wollen eine „Mitmachdemokratie“, in der die Bürgerschaft bei wichtigen Sachfragen, die ihre Kommune betreffen, auch direkt darüber abstimmen kann. Dazu wollen wir den Anwendungsbereich für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide erweitern (mehr zu den fünf Eckpunkten und den dazu gehörigen Maßnahmenpaketen auf [www.spd.de](http://www.spd.de)).

Unsere Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker haben in den vergangenen Jahren gezeigt, dass Innovationsfreude und Solidität, Modernität und soziale Sensibilität sowie Gestaltungskraft und Bürgernähe keine Widersprüche sind, sondern die Grundlage für inhaltlichen und personellen Erfolg. Diesen Weg des Aufbruchs und der Verlässlichkeit wollen wir gemeinsam, unter Abstimmung aller beteiligten Ebenen der Landes-SPD, fortsetzen. Der Startschuss für 2009 ist gefallen.

Einen schönen Sommer!  
Herzlich, eure



Ute Vogt  
Landesvorsitzende



# AUS DEM PARTEILEBEN

## WALDHEIM HESLACH 100 JAHRE ALT



Das Waldheim Heslach e.V. in Stuttgart feierte am 30. Mai 2008 sein 100jähriges Bestehen. 1908 wurde das Waldheim von Karl Oster und weiteren Genossinnen und Genossen gegründet, um für Familien in schlechten Wohnverhältnissen eine sorgenfreie Erholung am Wochenende zu schaffen. Dazu kamen die Waldheimferien. Sie waren die einzige Erholung für Kinder aus Arbeiterfamilien, die sich einen Urlaub nicht leisten konnten. Das Waldheim war aber auch immer Ort der politischen Diskussion. Unzählige Veranstaltungen der Stuttgarter SPD fanden dort statt; alle SPD-Bundeskanzler und viele Parteivorsitzende waren zu Gast. Zum großen Jubiläum kam Kurt Beck, der in seiner Festansprache auf zentrale Punkte der Sozialdemokratischen Politik in Verbindung mit der Waldheimidee einging. Udo Lutz, Vorsitzender des Waldheimvereins, gab auf die Frage, ob sich der Zweck des Vereins inzwischen überlebt hätte, im Hinblick auf die Diskussion zur Bekämpfung der Kinderarmut die Antwort: „Es gibt heute noch die selben Sorgen und Nöte wie 1908. Also ist das Waldheim mit seiner Idee nötig“. Eine 96seitige Festschrift mit rund 200 Bildern kann per Mail unter: [udo.lutz@stuttgart.de](mailto:udo.lutz@stuttgart.de) gegen eine Spende von zehn Euro bestellt werden. ■

## SPD RHEIN-NECKAR: WAHLMANIFEST 09

„Zum Erfolg führt kein Fahrstuhl, da müssen wir schon die Treppe nehmen und das ist mit Anstrengung verbunden“, so die Losung, die Lars Castellucci seinem Kreisverband für das Superwahljahr 2009 ausgegeben hat. Eine Stufe auf dem Weg dorthin ist das Wahlmanifest 09 der SPD Rhein-Neckar. Konkret heißt das: der größte Kreisverband der Südwest-SPD nimmt sich fast anderthalb Jahre Zeit, um mit Mitgliedern und Experten „von außen“ eigene Akzente zu setzen, die richtungsweisend für die kommenden Wahlen sind. Die Diskussion verfolgen und sich beteiligen kann jeder. Auf der eigens eingerichteten Internetseite [www.wahlmanifest09.de](http://www.wahlmanifest09.de) wer-

den alle Anregungen, Kommentare und Veranstaltungshinweise veröffentlicht. ■

## „FRAUEN MACHEN SICH FIT“

Im Rahmen der Vorbereitung des bevorstehenden Wahljahres bietet der AsF-Landesvorstand eine Seminarreihe „Kommunalwahl 2009 – Frauen machen sich fit“ in den vier Regierungsbezirken an. Pro Regierungsbezirk sind jeweils drei Module geplant, die sich mit den Themenkomplexen „Persönliche Präsentation“, „Selbstmanagement“ und „Mein persönliches Profil im Wahlkampf“ befassen. Das Angebot richtet sich an alle Frauen, die auf einer SPD-Liste kandidieren möchten oder bereits auf den Listen stehen, die bereits Aufgaben in der Kommune übernommen haben oder die einfach noch was dazu lernen möchten. Das Zeitfenster ist von Juni 2008 bis Januar 2009. Mehr Infos über Inhalte und Termine unter [www.asf-bw.de](http://www.asf-bw.de). Es sind nur noch wenige Plätze frei! ■



## FACHGESPRÄCH ZUR VERMITTLUNG LANG- ZEITARBEITSLÖSER



Das Bundesverfassungsgericht hat beschlossen: die Zusammenarbeit von Kommune und Bundesagentur für Arbeit in der Mischverwaltung ARGE ist verfassungswidrig. Unter der Schirmherrschaft von Arbeitsstaatssekretär Detlef Scheele wurde als Lösung das Kooperative Jobcenter entwickelt. Beim SPD-Fachgespräch der Projektgruppe Gute Arbeit und der SGK Baden-Württemberg zur Vermittlungsstruktur Langzeitarbeitsloser war klar, dass es eine zügige Lösung braucht und die kommunalen Handlungsspielräume bei der Arbeitsmarktpolitik stark bleiben müssen. Mit dabei waren Pforzheims Sozialbürgermeister Gert Hager, Arbeitsstaatssekretär Detlef Scheele, die Arbeitsmarktpolitiker Katja Mast und Josip Juratovic (beide MdB) sowie der SGK-Landesvorsitzende und Schwäbisch Haller OB Hermann-Josef Pelgrim. ■

## HERZLICHE GLÜCKWÜNSCHE IM JULI

### ZUM 80. GEBURTSTAG

an Hans-Rudi Betting in Lörrach, Otto Ditz in Wolfegg, Werner Dürller in Königsbach-Stein, Ewald Eiler in Bodelshausen, Martha Einhorn in Stuttgart, Lilli Gräßle in Stuttgart, Gertrud Guth in Heidenheim, Walter Heidelberger in Ulm, Kurt Holler in Mannheim, Josef Irmeler in Gemmingen, Heiner Jestand in Friesenheim, Rolf Kauderer in Radolfzell, Gerhard Kausch in Freiburg, Josef Kneer in Allmendingen, Artur Knobloch in Heilbronn, Franz Kufner in Villingen-Schwenningen, Herta Laubert in Freiburg, Ludwig Lehmann in Nordrach, Helene Mengel in Karlsruhe, Alfred Mick in Teningen, Rolf Müller in Murrhardt, Josef Neuber in Murrhardt, Maximilian Nießen in Seelbach, Hermann Reich in Stockach, Werner Schäufole in Karlsruhe, Erich Schnabel in Mannheim, Adalbert Stegmüller in St. Leon-Rot, Fritz Steinke in Karlsruhe, Anna Strittmatter in Laufenburg, Philipp Stutzmann in Schwäbisch Gmünd, Gerhard Volke in Heidenheim und an Wolfgang Völzke in Sindelfingen

### ZUM 90. GEBURTSTAG

an Hermann Sautter in Lörrach, Ingeborg Schmitt in Blaubeuren und an Günter Ueberück in Wertheim

### ZUM 50. PARTEIJUBILÄUM

an Roland Bräutigam in Rheinstetten, Werner Hees in Sindelfingen, Helmut Joswig in Mannheim, Renate Oberländer in Mannheim, Käthe Pfeiffer in Mannheim, Albert Roth in Bergshaupten und an Helmut Schuster in Hemsbach

## IM AUGUST

### ZUM 80. GEBURTSTAG

an Gerhard Bach in Isny, Rosemarie Bergmann in Mannheim, Karl Brüstle in Freiburg, Josef Egenhofer in Schliengen, Volker Eiermann in Sasbachwalden, Irene Eppler in Schwäbisch Hall, Irmgard Faber in Neuenstadt, Erwin Großkinsky in Gundelsheim, Lore Hirrlinger in Esslingen, Marianne Hoffmann in Rottweil, Heinrich Kemptner in Ketsch, Susanna Konrad Graf in Freiburg, Hannelore Korge in Tiefenbronn, Oskar Kröper in Villingen-Schwenningen, Anne Kuchler in Waghäusel, Hans Kuder in Hülben, Hermann Lang in Eppingen, Mathilde Maier in Schwäbisch-Gmünd, Elisabeth Melchien in Lauda-Königshofen, Rosemarie Münchmeyer in Karlsruhe, Robert Ost in Bad Rappenau, Franz Proeckel in Mosbach, Wolfgang Richter in Maulbronn, Edith Schieferstein in Tübingen, Ewald Schmitt in Limbach, Ernst Schreiner in Dettingen, Horst Schröder in Eislingen, Heinz Soeffner in Bretten, Hermann Weber in Mannheim, Walter Widmann in Nufringen, Wilma Wissutschek in Aglasterhausen und an Johann Wodopia in Dielheim

### ZUM 50. PARTEIJUBILÄUM

an Gotlind Braun in Tübingen, Richard Disch in Waldkirch, Kurt Fitterer in Rheinstetten, Georg Greulich in Heidelberg, Kurt Hesel-schwerdt in Calw, Edgar Siegrist in Pfinztal und an Otto Weiss in Tübingen

## TERMINE JULI 2008

### MITTWOCH, 2.

ASG-Landesvorstand, Stuttgart

### DONNERSTAG, 3.

Veranstaltungen mit Andrea Nahles, Schwetzingen und Konstanz

### FREITAG, 5.

ASF-Landesausschuss, Heidenheim

### FREITAG, 11.

Präsidium, Stuttgart

### Veranstaltung mit

Peer Steinbrück, Schwäbisch Gmünd

### SAMSTAG, 12.

Online-Tag, Stuttgart

### MONTAG, 14.

AfA-Landesvorstand, Stuttgart

### DONNERSTAG, 17.

Regionalgespräch mit Gewerkschaftern, Reutlingen

Umweltbeirat, Stuttgart

### SAMSTAG, 19.

Landesvorstand, Stuttgart

### MITTWOCH, 23.

AG 60plus-Landesvorstand, Stuttgart

### SAMSTAG, 26.

ASJ-Landesvorstand, Stuttgart

## TERMINE AUGUST 2008

### SAMSTAG, 9.

Antragsschluss für Landesvertreterversammlung Europawahl

### 30.08. BIS 5.09.

Juso-Sommerschule, Eze sur mer/Südfrankreich

## IMPRESSUM

Verantwortlich:  
Andreas Reißig  
SPD-Landesverband  
Baden-Württemberg  
Wilhelmsplatz 10  
70182 Stuttgart  
Fon 0711 619 36-31  
Fax 0711 619 36-55  
Email:  
[andreas.reissig@spd.de](mailto:andreas.reissig@spd.de)  
Internet:  
[www.spd-bw.de](http://www.spd-bw.de)

# VERBRAUCHER HABEN DIE WAHL

Von Elvira Drobinski-Weiß MdB, stellvertretende verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

**S**eit 1. Mai ist die neue „Ohne Gentechnik“-Kennzeichnungsregelung in Kraft. Wir hatten sie zur Bedingung für die Novellierung des Gentechnikgesetzes gemacht. Und wir haben uns durchgesetzt: Nachdem wir uns mit Bundesminister Seehofer geeinigt hatten, hat auch die CDU/CSU-Fraktion widerstrebend eingewilligt.

Für die große Mehrheit der Verbraucherinnen und Verbraucher, die zu 80 Prozent sowohl Gentechnik in Lebensmitteln als auch den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen ablehnen, haben wir mit der neuen Kennzeichnungsregelung einen großen Sieg errungen. Denn bisher waren sie beim Einkauf gezwungen, zum Beispiel Milch oder Eier von Tieren zu kaufen, die mit gentechnisch veränderten Pflanzen gefüttert wurden. Nach EU-Recht unterliegen solche tierischen Erzeugnisse keiner Kennzeichnungspflicht. Außer

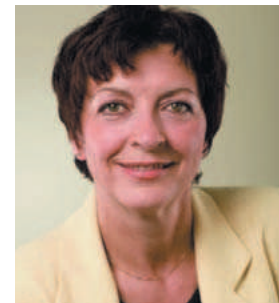
bei Bioprodukten, die grundsätzlich gentechnikfrei erzeugt werden, hatten Verbraucherinnen und Verbraucher keine Möglichkeit, den Einsatz von gentechnisch veränderten Futterpflanzen zu umgehen. Und auch die Erzeuger, die auf gentechnisch veränderte Futterpflanzen verzichten und Händler und Produzenten, die Produkte anbieten, die ohne gentechnisch veränderte Futterpflanzen erzeugt wurden, konnten ihre Erzeugnisse nicht ausloben und bewerben.

Das ändert sich nun. Die neue Kennzeichnung bringt Transparenz. Damit können Anbieter werben und damit können Verbraucherinnen und Verbraucher beim Einkauf endlich auswählen. Sie unterstützt aber auch die gentechnikfreie und die ökologische Landwirtschaft, denn wenn die Nachfrage nach Milch, Eiern oder Fleisch, die kein „Ohne Gentechnik“-Label tragen sinkt, dann wird der Anbau von gentechnisch verän-

dertem Futtermais unattraktiv (bisher ist MON810-Futtermais die einzige gentechnisch veränderte Pflanze, die in Deutschland kommerziell angebaut wird). Das ist gerade für die Landwirtschaft in Baden-Württemberg wichtig, da sie sich wegen den kleinen Strukturen nur schwer vor gentechnischen Verunreinigungen schützen kann.

Die neue Regelung ist eine Chance für die Erzeuger und den lokalen Lebensmitteleinzelhandel, weil diese gentechnikfreie Produkte nun ausloben und sich gegenüber den großen Ketten profilieren können. Dies stärkt regionale Kreisläufe.

Die Umwelt- und Verbraucherverbände haben die neue Regelung begrüßt. Sie wird aber nur ein Erfolg, wenn sie auch genutzt wird, das heißt, wenn genügend Produkte angeboten und nachgefragt werden. Deshalb sollten wir



als SPD alle gemeinsam jede Gelegenheit nutzen, um über die neue Kennzeichnung zu informieren und für Öffentlichkeit zu sorgen. Das gibt uns zugleich die Chance, unser Profil zu schärfen und zu zeigen: WIR haben diese Kennzeichnungsregelung durchgesetzt, WIR tun was für die Verbraucherinnen und Verbraucher! ■